

Mehr „Cancel Culture“ bitte!

Perspektiven

„Politische Korrektheit“ schadet nicht der Demokratie. Sie macht sie vollständiger und besser.

VON KARSTEN SCHUBERT

Der Kabarettistin Lisa Eckhart abgesagt wegen Rassismus, ein Gedicht an einer Berliner Hochschule übermalt wegen Sexismus, und J.K. Rowlings neues Buch boykottiert wegen Transphobie – diese drei Beispiele werden als Gefährdung der Kunstfreiheit durch „Cancel Culture“ diskutiert. Doch um die Kunst und Kunstfreiheit geht es dabei eigentlich gar nicht. Sie ist nur der Austragungsort gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen. Dabei sind Kunstfreiheit und Meinungsfreiheit zentrale Argumente – oder besser: Waffen – des konservativen politischen Projekts geworden, mit dem emanzipative Änderungen abgewehrt werden.

Dieser machtpolitische Missbrauch muss klar von der grundrechtlichen Dimension unterschieden werden. Dafür ist zwischen drei Ebenen Kunstfreiheit zu differenzieren: im nichtstaatlichen, parastaatlichen und staatlichen Bereich. Die Neuregelungen von Diskurs, Kultur und Kunst durch „Politische Korrektheit“, „Cancel Culture“, oder „Identitätspolitik“ bedeuten nicht den Zerfall der Demokratie, sondern sind ein Schritt in Richtung ihrer vollständigeren Realisierung.

In den meisten Fällen, in denen die Einschränkung der Kunst- und Meinungsfreiheit von konservativer Seite kritisiert wird, gibt es sie gar nicht. Die Kunst- und Meinungsfreiheit sind in erster Linie Abwehrrechte gegen den Staat. Der Staat tritt aber als Akteur bei den meisten aktuellen Auseinandersetzungen um Kunstfreiheit gar nicht auf.

Was es allerdings gibt, ist Regulierung und Normierung, und damit: Macht. Der Fehler des Arguments für Kunstfreiheit ist die implizite Forderung, dass Macht in der Kunst keine Rolle spielen sollte. Dabei wird ausgeblendet, dass die Kunst immer schon von Macht durchzogen ist, weil in ihr gesellschaftliche Normen reproduziert und verhandelt werden. Wenn nun emanzipative Bewegungen versuchen, die Normen der Kunst politisch zu ändern, dann verändert sich damit nicht die Regelsintensität und Machtdurchzogenheit der Kunst. Es gibt nur, Erfolg vorausgesetzt, eine Verschiebung der Machtverhältnisse. Nur aus Sicht derjenigen, die von konservativen Normen profitierten, konnte es so erscheinen, als sei die Kunst frei in dem Sinne, dass sie nicht durch gesellschaftliche Macht geprägt ist – sie leiden an einem epistemischen Defizit: Machtblindheit wegen ihrer sozialen Position. Früher eckte man mit sexistischen Gedichten nicht an – das ist Freiheit, aber eben nur aus dieser Perspektive. „Politische Korrektheit“ und „Cancel Culture“ sind also Ausdruck des



Steht für „Cancel Culture“: 2020 wurde Lisa Eckhart von einem Literatur-Festival eingeladen, nachdem andere Autoren ihre Zusagen zurückgezogen hatten. Diese meinten, dass Eckhart sich rassistischer und antisemitischer Klischees bediene. Laut Eckhart handelte es sich um ein Missverständnis. Vielmehr wolle sie so Rassismus und Antisemitismus entlarven. Foto: dpa

konservativen Beklagens eines gesellschaftlichen Machtverlustes. Nun kann es so aussehen, als laufe diese Interpretation auf die Affirmation reiner Machtpolitik ohne universalistische Geltungsgründe hinaus. Doch tatsächlich geht es um die Verwirklichung des demokratischen Universalismus, der in seiner heutigen Form unvollständig ist – denn vom Kunstbetrieb und der politischen Öffentlichkeit „ganceled“ waren viele Menschen, die nicht von alten Privilegienstrukturen profitierten, von vornherein.

Das demokratische Projekt ist unvollendet und für seine stückweise Weiterentwicklung und Verbesserung auf die Neuverhandlung und Kritik seiner aktuellen Ausschlüsse angewiesen. „Politische Korrektheit“, „Identitätspolitik“ und „Cancel Culture“, also die konservativen Ausdrücke für diese radikale Kritik, sind deshalb nicht die Einschränkung der demokratischen Pluralität und Inklusivität, sondern ihre weitere Verwirklichung. Nur über die partikular formulierten Kritiken am Universalismus kann dieser stückweise realisiert werden.

Die Kunstfreiheit wird auch in Bezug auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die staatliche Kulturförderung diskutiert. Und hier liegt die Sache komplizierter. Der zentrale Unterschied zum nichtstaatlichen Bereich ist, dass es in den öffentlich-rechtlichen Medien und der staatlichen Kulturförderung ein Neutralitäts- und Pluralisierungsgebot gibt. Deshalb sieht es auf den ersten Blick so aus, als müsste eine die machtvolle Durchsetzung von emanzipativen Normen im parastaatlichen

Bereich mit Verweis auf das Neutralitätsgebot und die Kunstfreiheit abgelehnt werden. Staatlich orchestrierte „Political Correctness“ ist wohl nicht nur für Konservative eine schreckliche Vorstellung, die an Stalinismus erinnert.

Doch für eine solche Politisierung der parastaatlichen Institutionen kann auch demokratietheoretisch argumentiert werden. Die Demokratietheorie reagiert auf die unvollendete Realisierung der Demokratie und macht Vorschläge dazu, wie die politischen und rechtlichen Institutionen so reformiert werden können, dass sie systematisch Privilegienstrukturen aufbrechen. Der demokratische Fortschritt würde so auch intern, durch die Institutionen, und nicht nur durch äußeren gesellschaftlichen Druck forciert. Dabei geht es nicht um inhaltliche Setzungen, beispielsweise dass alle geförderte Kunst den Rassismus gegenüber Muslimen in der postmigrantischen Gesellschaft thematisieren soll. Sondern es geht um prozeduralistische Vorgehensweisen, die inhaltlich offen sind und lokal unterschiedlich umgesetzt werden können. Beispielsweise durch die Einführung eines abstrakten Kriteriums, dass die Kunstförderung zum Abbau von arbiträrer Macht und Privilegien eingesetzt werden soll, oder dass Repräsentantinnen von marginalisierten Gruppen eine Stimme bei Mittelallokation und Programmgestaltungen haben.

Während die Kunstfreiheit also ein zentrales Gut der freien Demokratie ist, folgt daraus nicht, dass Neutralität und Pluralität des Staates gegenüber der Kunst formalistisch interpretiert werden sollten. Sondern es müsste als Auftrag ihrer tatsächlichen

Realisierung durch geeignete Verfahren sein.

Auf der Ebene des Staatshandelns kommt es zu tatsächlichen Einschränkungen der Kunst- und Meinungsfreiheit, einerseits unmittelbar, wie beim Verbot von Volksverhetzung. Bei der staatlichen Regulierung von Hassrede sind die Ambivalenzen der politischen Bewertung und die Gefahr, dass emanzipative Regulierungen in eine schädliche Einschränkung der Kunst- und Meinungsfreiheit umschlagen, besonders groß, weil Regelungen gesellschaftsweit mit staatlicher Macht durchgesetzt werden. Beim Versuch der Politik, gegen Hassrede vorzugehen, kann es auch zu einer mittelbaren Einschränkung der Kunst- und Meinungsfreiheit kommen. So hat der Bundestag beschlossen und die Bundesregierung dazu aufgefordert, die BDS-Bewegung und ihren Unterstützerinnen zu verteilen und von Kooperationen auszuschließen, weil er sie für antisemitisch hält.

Diese Frage ist allerdings höchst umstritten, wie die Kontroverse um Felix Klein und Achille Mbembe im Frühjahr 2020 zeigt. Der Bundestagsbeschluss kann weitreichende Folgen haben, weil BDS in der internationalen Kunst, Wissenschaft und Politik breite Unterstützung findet und einer großen Anzahl von Kooperationspartnerinnen und Künstlerinnen so ein deutscher Gesinnungstest auferlegt wird. Im Unterschied zur vorgeschlagenen prozeduralen Demokratisierung auf der parastaatlichen Ebene handelt es sich bei diesem Beschluss um eine konkrete inhaltliche Entscheidung, die mit staatlicher Macht in eine laufende politische Debatte eingreift. Das ist zwar auch keine unmittelbare und formale Einschränkung der Meinungs- und Kunstfreiheit, aber doch eine materielle, weil der Staat so erhebliche Ressourcen zur Beteiligung an gesellschaftlichen Debatten einseitig verteilt bzw. entzieht.

Emanzipative Gesellschaftskritik stellt keine Gefahr für die Kunst- und Meinungsfreiheit dar. „Politische Korrektheit“, „Identitätspolitik“ und „Cancel Culture“ tragen tatsächlich zur inklusiveren Verwirklichung der Demokratie bei. Weil die Förderung von Kunstfreiheit und Meinungsfreiheit aber zur zentralen Strategie des konservativen Projekts geworden ist, ist es wichtig, ihren machtpolitischen Beziehungsweise Missbrauch klar von ihrer grundrechtlichen Dimension zu trennen.

Unser Autor



■ **Karsten Schubert** (*1985) ist wissenschaftlicher Assistent an der Professur für Politische Theorie, Philosophie und Ideengeschichte der Universität Freiburg. Seine Schwerpunkte liegen in der zeitgenössischen kritischen politischen Theorie und Sozialphilosophie, Rechtstheorie sowie der queeren und intersektionalen Theorie. Der Text ist im [verfassungsblog.de/demokratisierung-durch-cancel-culture](https://www.verfassungsblog.de/demokratisierung-durch-cancel-culture) erschienen.
■ **Unter dem Titel Perspektiven** veröffentlicht die SZ kontroverse Texte, die zur Diskussion anregen sollen.

Emanzipative Gesellschaftskritik stellt keine Gefahr für die Kunst- und Meinungsfreiheit dar.

Kopf nach rechts, Kopf nach links

Der Bildhauer Heinz Schmoeller arbeitet gern mit Tieren. Diesmal mit einer präparierten Krähe im Schaufenster – das irritiert.

VON UWE SALZBRENNER

Die „artbox Dresden“ ist coronasicher. Zumindest hat der Ausstellungsraum als einziger nicht schließen müssen – weil man ihn gar nicht betreten kann. Man schaut tags wie nachts durch zwei Fenster hinein in ein Gelas, kaum mehr als einen halben Meter tief. Und Menschenansammlungen sind kaum zu befürchten: Das derzeit ausgestellte Objekt ist ein ausgestopfter Vogel auf einer Metallstange: schwarzes Gefieder, schwarze Füße, schwarze Krallen, eng anliegende Federn am Schabelansatz – eindeutig eine Krähe.

Was man da gesehen hat, könnte allerdings als Irritation die weitere Bewegung an der frischen Luft begleiten. Die Stellung des ausgestellten Vogelkörpers heißt unter Präparatoren „normal sitzend“, Schnabel nach vorn, der Körper stromlinienförmig eingebaut in einen gedachten Wind. Der Dresdner Bildhauer Heinz Schmoeller hat die Krähe zudem so auf der Stange platziert, dass sie an die Scheibe herantretende Betrachter eigentlich nicht gut sehen könnte: Das eine Auge schaut zur Wand, das andere aus dem zweiten Fenster. Versteigt man sich zu der Vorstellung, die Krähe lebte, wäre ihr Verhalten gestört. Krä-



Im Schutzraum oder eher im Gefängnis: Die präparierte Krähe in der geöffneten, weil geschlossenen Ausstellung – noch bis 15. Januar in der „artbox“ an der Ecke Uferstraße/Hafenstraße zu sehen. Foto: artbox Dresden

hen in Freiheit würden den Kopf zur Seite drehen, wahrscheinlich sich umsetzen, um den Menschen in den Blick zu kriegen.

Schmoeller, 2004 Absolvent der hiesigen Hochschule, hat für seine Kunst Tiere einst der Spielzeugwelt entnommen: Puh, den Bären mit geringem Verstand, Hundekörper aus Aluminium, Affen mit Reißverschlussfell, eine Kuh aus Plüsch. Später hat er Mäusen und Schafe gefilmt. Es geht ihm wohl auch darum, wie wir mit Tieren und ihren Bildern umgehen und sie mit menschlicher Realität verbinden. Tritt man der Plastik „Friendly Fire“ zu nahe, einer Doppelgruppe aus Hase und Bär, geht ein Maschinenpistolenrattern los. Schmoellers Objekte bewegen sich zuweilen, sie leuchten und flackern. Die selbstgenähte Kuh

hat er demonstrativ gesprengt, einen riesigen „Angsthasen“ auch. Bedenkt man das, kommt einem die Krähe des 45-jährigen menschlich vor: Sie beobachtet nicht – sie zeigt. Mit dem Schnabel, stur auf ein unerreichbares Draußen, das der Werkstück „outside“ hervorhebt. Soll sich der Betrachter an Stelle des Eingesperrten versetzen?

Zurzeit, da man nur aus triftigen Gründen aus dem Haus darf, fällt das leicht. Die richtige Lösung ist simpler: Die Krähe soll sich ebenso bewegen. Ihr Schnabel zeigt geradeaus, wenn der Motor kaputt ist. Man schaue sich deshalb auf Schmoellers Webseite das zugehörige Video an: Die Krähe rückt artgerecht den Kopf, nach rechts und nach links. Aber was soll man jetzt von ihr denken?

Zweiter Lockdown belastet Buch-Bilanz

Frankfurt/Main. Der zweite Lockdown mit erneuten Ladenschließungen hat die Bilanz des deutschen Buchhandels im vergangenen Jahr belastet. Zwar konnte der Umsatzrückstand aus dem Lockdown im Frühjahr Monat für Monat verringert werden, wie aus dem am Donnerstag erschienenen Branchenmonitor hervorgeht. Die erneuten Ladenschließungen in der umsatzstärksten Zeit des Jahres Mitte Dezember sorgten allerdings für ein negatives Jahresergebnis. Der Umsatz 2020 in den zentralen Vertriebswegen wie Sortimentsbuchhandel, E-Commerce, Bahnhofsbuchhandel oder Kaufhäusern lag den Angaben von Karin Schmidt-Friderichs, Vorsteherin des Börsenvereins des Deutschen Buchhan-

dels, zufolge 2,3 Prozent unter dem des Vorjahres. Das von den Corona-Maßnahmen besonders betroffene stationäre Geschäft schloss das Jahr mit einem Minus von 8,7 Prozent ab. Als einzige Warengruppe erzielten Kinder- und Jugendbücher im Vergleich zum Vorjahr deutliche Zuwächse von 4,7 Prozent. Den größten Rückgang verzeichnete Reiseliteratur mit 26,1 Prozent.

Die Perspektiven für Verlage und Buchhandlungen seien ungewiss, hieß es mit Blick auf das laufende Jahr. Die meisten Buchhandlungen bieten den Angaben zufolge während der Schließungen die kontaktlose Abholung bestellter Bücher an. Nur in Sachsen sei dies nicht erlaubt. (dpa)

Ministerin Grütters will Kinoförderung aufstocken

Berlin. Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU) will zur Unterstützung kleinerer Kinos weitere drei Millionen Euro bereitstellen. Das Zukunftsprogramm Kino soll in diesem Jahr auf 25 Millionen Euro aufgestockt werden. Filmtheater in kleineren Gemeinden oder mit besonderem Programm können das Geld beantragen, um etwa Technik zu erneuern oder in der Pandemie umzubauen. Bisher seien rund 300 Kinos unterstützt worden. Bundesweit sind Kinos derzeit geschlossen, um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen. (dpa)

Der Online-Duden wird gegendert

Berlin. Das Online-Wörterbuch des Duden-Verlags soll in gendersensibler Sprache überarbeitet werden. Alle 12.000 Personen- und Berufsbezeichnungen sollten in der Weise geändert werden, dass es künftig statt eines Wortartikels zwei gibt – einen für die männliche und einen für die weibliche Form, berichtete die Zeitung „Die Welt“ (online) am Donnerstag in Berlin. „Arzt“ und „Ärztin“ beispielsweise werden dort bereits mit je eigenem Beitrag aufgeführt. Die Überarbeitung solle noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. (epd)